
Diskussion

zu dem Referat von Max Dietrich Kley

„Das Unternehmen—Ort für ökologisches Umsteuern?“*

Frank Schmidt (Gewerkschaft Holz und Kunststoff): Es ist natürlich zu begrüßen, daß die BASF ihren Umweltschutz verstärkt hat, wie uns das heute eindrucksvoll vorgetragen wurde. Ich glaube allerdings, daß das auch nötig war. Und ich frage mich, wie ernst umweltpolitische Leitlinien gemeint sind, in denen ökonomische Ziele gleichberechtigt mit ökologischen Zielen genannt werden, wenn beim Thema ökologische Steuerreform gleich die Standortfrage gestellt wird.

Auf der allgemeinen Ebene sind sich immer alle einig, auch in diesem Kreis hier. Wir sind alle für ökologische Umbaumaßnahmen, für eine Ökologisierung der Produktion. Aber wenn es konkret um einzelne Produkte geht, dann stößt man oft auf eine Bunkermentalität. Ich will das am Beispiel PVC klar machen: Die GHK hat einen mittelfristigen Umstiegsplan für einzelne PVC-Anwendungen vorgelegt. Wir wollten damit Standortsicherung für die deutsche Chemieindustrie betreiben, aber auch eine Veränderung des Käuferverhaltens unterstützen. Wir haben dabei versucht, die verschiedenen Ziele Ökologie, Ökonomie und Soziales unter einen Hut zu bringen. Geerntet haben wir einen Sturm, vor allen Dingen aus der chemischen Industrie. Das ging zum Teil mit den plattesten Argumenten ab, es wurden uns Sachen untergeschoben, die wir nie gesagt haben.

Meine zweite Bemerkung gilt den lösungsmittelhaltigen Lacken, die Herr Kley als Beispiel genannt hat. War es nicht in erster Linie der Druck aus den Betrieben, die die lösemittelhaltigen Lacke anwenden, der Druck der Berufsgenossenschaften und von Arbeitsschutzeinrichtungen, der bewirkt hat, daß wir heute auf dem Markt zum Teil lösemittelfreie oder lösemittelarme Lacke haben? Das war doch keine Eigeninitiative der chemischen Industrie.

Karola Taschner (Europäisches Umweltbüro): Herr Kley, zuerst einmal ein Kompliment: Sie haben in eindrucksvoller Weise dargelegt, was die BASF für den Umweltschutz tut. Vieles davon muß sie auch tun, weil es Vorschriften gibt. Und es gibt eben auch Vorschriften, bei denen die deutsche chemische Industrie nicht besonders gut dasteht, zum Beispiel bei den Immissionen: Kürzlich hat die Cefic, der Europäische Chemieverband, eine Liste vorgelegt, was die chemische Industrie freiwillig an Immissionen zuzugeben bereit ist. Sie hat Richtlinien vorgelegt, und das Ergebnis davon ist, daß kein einziges chemisches Industrieunternehmen diese Richtlinien erfüllt hat.

* Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge nach einem Bandmitschnitt des Werkstattgesprächs „Mehr Wert durch ökologisches Umsteuern?“ am 7. Juli 1994 in Düsseldorf.

Joachim H. Spangenberg (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie): Auch ich danke für den Vortrag, der hinreichend provokativ war, um zur Antwort zu reizen. Ich will mich bemühen zuzuspitzen.

Mein erster Punkt: Es war sehr wichtig zu hören, daß die Höhe der Lohnnebenkosten für Sie kein wesentliches Problem darstellt. Wir werden das zitieren.

Zweiter Punkt: Wenn Sie sagen, daß man Ihnen Geld lassen muß zum Investieren, statt Auflagen zu machen, würde ich Ihnen gerne zustimmen, vorausgesetzt Sie garantieren die Zweckbindung und sorgen für hinreichende Transparenz und öffentliche Kontrolle, damit wir sicher sein können, daß das Geld auch dahin fließt und nicht etwa zur Erhöhung der Dividende verwandt wird.

Dritter Punkt: Die ablehnende Haltung der Öffentlichkeit, nicht nur gegenüber der Bio-Technik, ist sehr lästig, nicht wahr? Am liebsten hätte man gar keine Diskussion, aber leider sind es auch Kunden. Daß es auch anders geht, zeigen Firmen zum Beispiel in Dänemark, wo die Öffentlichkeit noch wesentlich kritischer ist als in Deutschland, die dennoch in großem Maßstab erfolgreich produzieren. Das kann weder an den gesetzlichen Auflagen liegen, die mit den deutschen vergleichbar sind, noch an der Haltung der Öffentlichkeit. Ich halte das ständige Zurückweisen gesetzlicher Auflagen eher für unternehmerisches Versagen der Chemieindustrie in Deutschland.

Nächster Punkt: Sie haben die Forderung aufgestellt, daß Grenzwerte abgeschafft und Deregulierung eingeführt werden sollte. Sie kennen die Umfragen zur Glaubwürdigkeit: Diese Umfragen besagen im wesentlichen, daß Umwelt- und Verbraucherverbände bei ungefähr sechzig Prozent liegen, die Industrie dagegen nur bei fünf Prozent, und sie arbeitet sich konsequent weiter nach unten. Mit derartigen Forderungen wird die Glaubwürdigkeit der Industrie weiter unterminiert. Das ist exakt das Gegenteil von dem, was zu dem von Ihnen angestrebten Kooperationsprinzip notwendig ist. Man kann nur mit Leuten zusammenarbeiten, denen man traut.

Letzter Punkt: Sie haben sehr richtig gesagt, daß das Management für die Art und Menge der hergestellten Produkte und der eingesetzten Rohstoffe verantwortlich ist. Wenn es auf der anderen Seite so ist, daß eine Ökologisierung der Produktion Ihr Unternehmen existenziell gefährdet, wäre das für mich schlicht ein Zeichen dafür, daß Sie eine veraltete Produktpalette haben, daß Sie versäumt haben, rechtzeitig neue Produkte zu entwickeln und herzustellen. Deswegen meine Fragen: Wieviel Umweltprodukte haben Sie denn in der Hinterhand? Was haben Sie für den Zeitpunkt vorbereitet, wenn die Energiepreise steigen? Wieviel Energieproduktivitätssteigerung hatten Sie in den letzten drei Jahren, wieviel Rohstoffproduktivitätssteigerung?

Georg Jungkamp-Stresse (Firma Wilkhahn): Herr Kley, Sie haben eine sehr beeindruckende Palette der Aktivitäten der BASF angeführt. Dennoch möchte ich die Perspektive etwas erweitern und eine kritische Anmerkung zu einem Satz machen, den Sie gesagt haben: Es geht meines Erachtens nicht darum, daß wir mit einem besseren Gewissen Auto fahren, sondern daß wir versuchen, das Autofahren ganz überflüssig zu machen. Übertragen auf die Unternehmen bedeutet dies, daß wir ökologisch verantwortliches Handeln schon von der Stoffwirtschaft her bedenken müssen, nicht als End-of-the-Pipe-Technologie.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben, was ich damit meine: Wir stellen mit 600 Mitarbeitern Büro- und Objektmöbel im Design-Bereich für den internationalen Markt her. Wir versuchen natürlich, den Produktionsprozeß unter ökologischem Aspekt zu optimieren. Aber wir tun noch etwas anderes: Wir bemühen uns, den Lebenszyklus unserer Modelle durch langfristig gültiges Design zu verlängern. Wir hoffen, dadurch einen Beitrag dazu zu leisten, daß unsere Kunden nicht dem allgemeinen Wahn unterliegen,

sie müßten alle fünf Jahre ihre Möbel wechseln. Außerdem versuchen wir, die individuelle Lebensdauer der Produkte zu verlängern. Wir untersuchen zur Zeit zum Beispiel, wie wir die Wiederaufbereitung von Stühlen, die natürlich nach einer gewissen Zeit Verbrauchsspuren aufweisen, als Dienstleistung anbieten können. Und dazu brauchen wir die volle Kreativität unserer Mitarbeiter, das haben Sie auch sehr gut ausgeführt. Das ist eine herausfordernde Aufgabenstellung, die beim Produktdesign anfängt, über die Produktion und die Berücksichtigung der späteren Demontagefähigkeit und Recyclierbarkeit bereits bei der Konstruktion des Produktes bis zur Umorientierung von Außendienstmitarbeitern geht. Und am Ende soll sich das Ganze auch ökonomisch lohnen, denn wir sind keine philanthropische Veranstaltung, sondern eine betriebswirtschaftliche. Unsere Erfahrung dabei lautet: Ein ökologisch verantwortliches Angebot wird seine Nachfrage finden, unter der Voraussetzung, daß wir viel Kommunikation bereits bei der Konstruktion betreiben, nach innen und nach außen, mit den Mitarbeitern und den Kunden.

Werner Wild (Fachhochschule Nürnberg): Ihr Fazit, Herr Kley, lautet: „Konsequent weiter arbeiten, aber nicht umsteuern“. Heute morgen haben wir gehört, daß wir die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht aufhalten können, wenn wir nicht umsteuern. Krasser kann man eigentlich den Gegensatz gar nicht mehr formulieren.

Was Sie über proaktives Handeln im Unternehmen gesagt haben, geht nach meinem Verständnis in Richtung technologischer Innovation, aber nicht hin zu innovationsorientiertem Umweltschutz. Ihre Aussage, daß ökologische Politik den Standort gefährdet, macht eigentlich deutlich, daß Sie „umweltaktives Handeln im Betrieb“ nicht in der Form thematisiert haben, einmal grundsätzlich über die problemstiftenden Strukturen und die Möglichkeit, die Strukturen zu verändern, nachzudenken. Das ist ziemlich enttäuschend.

Michaele Schreyer (Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin): Vier Anmerkungen bzw. Fragen; zunächst zur Studie über das ökologische Steuermodell, die Greenpeace in Auftrag gegeben hatte. Sie haben das aus der Sicht der chemischen Industrie relativ klar abgelehnt, und ich möchte deshalb ein Ergebnis dieser Studie vortragen: Per Saldo würde eine ökologische Steuerreform für die chemische Industrie zu Preissteigerungen von sieben Prozent in den ersten zehn Jahren führen und von dreizehn Prozent in fünfzehn Jahren. Das ist im Vergleich zu den Änderungen, die durch Wechselkursschwankungen und andere Finanzierungsrisiken entstehen, sehr wenig. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Veränderungsfähigkeit der chemischen Industrie so gering ist, daß sie es nicht schaffen würde, eine Preissteigerung von dreizehn Prozent innerhalb von fünfzehn Jahren aufzufangen.

Zweitens: Auch ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß Sie sagen: Ein Lohnwettbewerb ist das falsche Signal für den Standort Deutschland.

Meine dritte Frage betrifft die Stoffkreislaufwirtschaft: Sie hatten das Beispiel „Rückführung von Kunststoffen“ aufgenommen und in dem Zusammenhang den Standort Ludwigshafen angesprochen. Für mich stellt sich schon die Frage, ob es sinnvoll ist, daß Stoffe nach ihrer Verwendung wieder an den Ort des Produzenten zurückgeführt werden oder eine Sekundärrohstoffwirtschaft am Ort des Konsumenten entstehen soll. Ich frage das auch aus der Sicht einer Landespolitikerin aus Berlin, einer Region, in der es relativ wenig industrielle Produktionen gibt, aber vier Millionen Konsumenten. Wäre es aus ökologischer Sicht nicht sinnvoller, dort in die Verwertung von Sekundärrohstoffen einzusteigen?

Vierte Bemerkung: Ich stelle so etwas wie einen Rollentausch fest, einen Mangel an Schumpeterschem Unternehmergeist, der aber notwendig wäre, um zu ökologischen Reformen zu kommen.

Max Dietrich Kley: Ich beginne mit Frau Schreyer. Das ökologische Steuermodell, das Sie angesprochen haben, ist eine Mittelrechnung für die gesamte chemische Industrie von der Grundstoff- bis hin zur pharmazeutischen Industrie. Hinzu kommt, daß Preissteigerungen von sieben bis dreizehn Prozent in einem geschlossenen Markt ohne weiteres vorstellbar sind. Wir haben aber keinen geschlossenen Markt, sondern einen offenen Weltmarkt, in dem zur Zeit riesige Überkapazitäten aufgebaut werden, insbesondere in den fernöstlichen Ländern. Und das bedeutet, daß wir eine Schlacht erleben werden, die eine Reihe von Herstellern in diesem Land, aber auch in Europa, nicht überleben werden. Wir werden in der nächsten Zeit eine Fülle von Konkursen und Vergleichen erleben, mit entsprechenden Verlusten der Arbeitsplätze. Die Standortdebatte stammt also gar nicht von mir. Und in dem Gutachten von Greenpeace ist hierzu schlicht und einfach zu lesen, daß die Region Ludwigshafen, wenn es zu einer ökologischen Steuerreform kommt, zu einem Notstandsgebiet wird, der dann mit regionalen Subventionen geholfen werden müßte. Ähnliches gilt für Duisburg, für die Rhein-Main-Region, weil der Anstieg der Belastung so groß ist, daß diese Standorte am Ende des Jahrhunderts nicht zu erhalten sein werden.

Den Äußerungen von Herrn Jungkamp-Streese zur Verlängerung des Lebenszyklus von Produkten und zur Wiederaufbereitung habe ich eigentlich wenig hinzuzufügen: Das ist exakt das, woran wir mit neuen, innovativen Werkstoffen arbeiten, die ja gerade dazu beitragen sollen, Langlebigkeit und Recyclbarkeit zu erhöhen.

Dem Vertreter der Gewerkschaft Holz und Kunststoff kann ich nur sagen: Sie haben in erster Linie eine Debatte mit der IG Chemie zu führen. Dort gibt es eine völlig andere Meinung zum Thema PVC. BASF ist kein großer Hersteller von PVC, wir bringen PVC nur in langfristige Anwendungen ein. Deswegen habe ich das Thema PVC auch nicht angesprochen, sondern zwei Beispiele zum Verzicht auf Chloreinsatz genannt. Der Rückzug aus der Chlorchemie wird natürlich nicht von heute auf morgen möglich sein, sondern das wird ein langsamer Prozeß sein. Aber Chlorverbindungen müssen reduziert werden, und das wird dazu führen, daß vielleicht auch PVC nach und nach verschwindet. Ich halte das für möglich, aber das müßten Sie erst einmal unter sich selbst ausdiskutieren.

Noch einmal zur Frage der freiwilligen Innovation: Wer hat denn die lösungsmittelarmen oder -freien Lacke erfunden? Die hat doch nicht die Automobilindustrie erfunden, das hat doch die chemische Industrie gemacht. Und dann kommen Sie zu der altbekannten Frage: Wie schnell setzen sich ökologisch bessere Produkte am Markt durch? Sie stoßen in sehr vielen Fällen auf riesige Investitionsbarrieren. Wenn jemand Milliarden in eine neue Lackierstraße für lösungsmittelhaltige Produkte investiert hat, ist ihm nur schwer beizubringen, daß er das morgen wieder abreißen und erneut eine Milliarde investieren muß. Ähnliche Probleme gibt es überall.

Bernd Schutt (Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden): Herr Kley, ich denke, Sie liegen mit Ihrem Beispiel schief. Die Entwicklung von umweltfreundlichen Lacken steht doch in einem Zusammenhang mit ökologischen Anforderungen, zum Beispiel dem Abwasserabgabengesetz. Und es stellt sich schon die Frage, wovon die Initiative ausgegangen ist, von der Innovationsfähigkeit der chemischen Industrie oder von der Steuerungswirkung einer bestimmten Lenkungsabgabe.

Ich wehre mich dagegen, daß hier ökonomisch auf dem Niveau einer Klippschule diskutiert wird. Sie sprechen davon, daß es Preissignale aus der Dritten Welt gibt, daß bestimmte Produkte aufgrund der Kosten hier nicht mehr hergestellt werden können, daß diese Produkte langfristig oder schon mittelfristig nicht mehr lebensfähig sind. Und gleichzeitig wollen Sie eine ökologische Steuerreform abwehren. Das paßt doch nicht zusammen: Einerseits sind die Produkte langfristig schon längst weg vom Fen-

ster, und darauf müssen Sie als Unternehmer doch reagieren, und andererseits sind Sie gegen alle Maßnahmen, die diesen Prozeß fördern. Man muß über die ökonomischen Zusammenhänge doch ein bißchen genauer diskutieren, statt irgendwelche Gespenster an die Wand zu malen.

Max Dietrich Kley: Ich möchte nur, damit es zwischendurch nicht verlorengeht, klarstellen, daß Abwasserabgabengesetz und lösungsmittelfreie Lacke überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Das erste war längst fertig. Und die Frage der Lösungsmittelbelastung ist eine Frage der Emission in die Luft.

Jürgen Kromphardt (Technische Universität Berlin): Die Ergebnisse der Studie des DIW sind etwas differenzierter, als dies dargestellt worden ist: Der Energieverbrauch schlägt bei der Herstellung von Grundstoffen sowie von Chemiefasern mit fünf bis sechs Prozent der Kosten zu Buche, bei der Herstellung von Seifen, Wasch- und Körperpflegemitteln, von pharmazeutischen sowie photochemischen Erzeugnissen hingegen lediglich mit einem Prozent. Um so mehr wundere ich mich, daß Herr Kley uns solche Untergangsszenarien vormalt. Ich denke, daß dabei der innovative, positive Teil der Studie übersehen wird: Natürlich ist unmittelbar einsichtig, daß dann bestimmte Grundstoffe nicht mehr in Deutschland hergestellt werden können, aber wenn andere Bereiche nur mit einem Prozent Energieverbrauch belastet werden, dann kann das nicht den Untergang bedeuten. Und wenn Umweltschutz, wie das Herr Kley hier gesagt hat, zu den Unternehmenszielen der BASF gehört, dann kann man einen Vorschlag wie die ökologische Steuerreform nicht mit solchen pauschalen Argumenten zurückweisen. Das Vertrauen der Öffentlichkeit, das Sie ja haben möchten, wird dadurch untergraben.

Hans-Joachim Giegel (Universität Jena): Herr Kley, die Kontroverse bewegt sich ja auf verschiedenen Ebenen. Die Ebene, auf der sich die Diskussion jetzt zugespitzt hat, ist die, ob die Anforderungen, die insbesondere von den Kritikern der gegenwärtigen Umweltsituation an die Industrie gerichtet werden, zu erfüllen sind oder nicht. Dazu gibt es unterschiedliche Standpunkte. Ich möchte Sie aber etwas anderes fragen, weil es noch eine andere Ebene gibt, über die wir diskutieren müssen: In dem Referat heute morgen ist wiederholt angeklungen, daß wir Umweltprobleme in Größenordnungen haben, die ein Weitermachen wie bisher nicht mehr erlauben, etwa was die Klimakatastrophe anbelangt, was die ständig fortschreitende Einbringung von künstlich produzierten Stoffen in die Umwelt anbelangt, was Zerstörung der Böden betrifft, die Ozonproblematik und so weiter. Wenn Sie einen Dissens haben mit den Kritikern der gegenwärtigen Umweltsituation in bezug auf die *Machbarkeit einer* Umsteuerung, haben Sie auch einen Dissens im Hinblick auf die *Notwendigkeit* des Umsteuerns? Oder sagen Sie, daß wir alle diese Probleme im Grunde mit den Maßnahmen, die Sie hier vorgeschlagen haben und die auch in anderen Industriezweigen in ähnlicher Weise praktiziert werden, bewältigen können?

Sabine Schlüter (Stiftung Arbeit und Umwelt der Industriegewerkschaft Chemie - Papier — Keramik): Herr Kley, ich möchte Sie zunächst etwas beruhigen, was die Uneinigkeit zwischen der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und der IG Chemie betrifft. Es ist zwar so, daß hier zwei Gewerkschaften aus unterschiedlichen Gründen und verschiedenen organisatorischen Hintergründen in einer Sachfrage zunächst zu einer anderen Position gekommen sind, aber erstens steht das einem demokratischen Verband wie dem DGB nicht schlecht zu Gesicht. Und zweitens weiß ich aus Berichten meiner Kollegen der Abteilung Umweltschutz, daß durchaus noch miteinander gesprochen wird, und daß sich die Positionen langsam annähern. Die Suche nach Konsens darf sich für Gewerkschaften eben nicht allein darauf beschränken, welche Art von Fenstern in der Republik noch eingebaut werden können, sondern es geht für uns um sehr viel mehr. Und in dem Zusammenhang gestatten Sie mir eine kritische und eine hoffnungsvolle Bemerkung.

Die kritische bezieht sich auf den fairen Umgang, den Sie anmahnen: Ich würde mir wünschen, daß chemische Betriebe mit unterschiedlichen Marktinteressen in der Ökologiediskussion einheitlicher vorgehen und nicht der eine, der zum Beispiel hauptsächlich PE produziert, die Schultern zuckt, wenn es um PVC geht, und umgekehrt, weil er sich möglicherweise über zusätzliche Marktanteile freut. Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Meine hoffnungsvolle Bemerkung: Wir müssen umsteuern. Und dafür brauchen wir konsensfähige Ziele, und zwar unter Einschluß der Industrie. Es geht also nicht um Pro oder Contra soziale, ökonomische oder ökologische Interessen, sondern darum, aus den unterschiedlichsten Interessenlagen konsensfähige ökologische Ziele zu definieren und dann umzusetzen. Und dafür ist aus meiner Sicht, ich spreche da auch für meine Gewerkschaft, von hoher Bedeutung, daß das Modell für Arbeitnehmerbeteiligung, das Sie bei BASF gefunden haben, auch auf Landesebene ein Modell ist. Ich würde mir wünschen, daß Sie dieses Modell nicht nur im VCI und im BDI, sondern auch auf europäischer Ebene offensiv als eins vertreten, mit dem Sie gute Erfahrungen gemacht haben.

Matthias von Randow (DGB-Bundesvorstand, Abteilung Grundsatz und Politische Planung): Herr Kley, ich habe sehr aufmerksam zugehört, was Sie über die positiven Erfahrungen bei BASF ausgeführt haben, Arbeitnehmer über das hinaus, was gesetzlich festgeschrieben ist, an Entscheidungen im Unternehmen zu beteiligen. Sehen Sie Möglichkeiten, in der Frage der Beteiligung von Arbeitnehmern an Entscheidungsprozessen im Unternehmen auch grundsätzlich weiterzukommen? Welches wären die Wege, die wir dazu beschreiten müssen? Wäre dazu eine Initiative zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden hilfreich?

Meine zweite Frage: Viele von uns, insbesondere die Betriebsräte, haben die Erfahrung gemacht, daß vieles, was wir uns an Modernisierung vorstellen, insbesondere auch in ökologischen Fragen, durch den internationalen Wettbewerb gefährdet ist. Nun gibt es ja seit längerem eine Diskussion darum, inwieweit solche Wettbewerbsnachteile durch internationale Vereinbarungen, zum Beispiel durch Umweltstandards im Rahmen von GATT-Vereinbarungen, vermieden werden könnten. Dies kommt aber sehr wenig voran. Wie stellen Sie sich die Rolle der Industrie vor, um diesen Prozeß zu beschleunigen?

Max Dietrich Kley: Das letzte Thema ist abendfüllend. Ich will mich deshalb auf meinen Bereich beschränken, die Chemie: Die Anlagen, die wir im Fernen Osten bauen, haben keinen Umweltschutzstandard dritter Klasse. Das sind erstklassige Anlagen, die von amerikanischen oder deutschen Ingenieurfirmen gebaut werden, nach dem letzten Standard, mit großer Energieeffizienz und wenig Emissionen. Das ist also keine Frage von Ökodumping.

Zweiter Punkt: Wir haben mit unserem Betriebsrat verabredet, daß wir diese Kommission zunächst einige Zeit in Ruhe arbeiten lassen und dann eine Bestandsaufnahme machen. Im Moment würde ich deshalb noch keine Rückschlüsse auf andere Firmen ziehen wollen, zumal andere Firmen natürlich auch andere Strukturen haben. Im übrigen muß man auch Schwerpunkte setzen: Für uns steht als nächstes Thema in bezug auf die Mitwirkung der Arbeitnehmer erst einmal die Euro-Frage an. Wir müssen da weiterkommen.

Dann möchte ich etwas zu Herrn Kromphardt sagen: Sie haben mit Blick auf die DIW-Studie von fünf bis sechs Prozent Energiekosten bei den einzelnen Produkten gesprochen. Das ist aber nicht die volle Wahrheit. Wir haben in Deutschland eine Fülle von Chemieprodukten, die einen wesentlich höheren Energiekostenanteil haben und die dennoch hier hergestellt werden, weil man sie in den integrierten Standorten als Bausteine braucht. Wenn Sie die töten, dann bricht ihnen ihre Struktur zusammen. Das ist ein Domino-Effekt.

Zum Vorwurf an die Industrie, daß es zu wenig Solidarität in ökologischen Fragen gebe: Man kann das natürlich beklagen, aber ich bin der Meinung, daß das zu einer Wettbewerbsgesellschaft gehört. Wenn die Firma Henkel zum Beispiel glaubt, daß sie durch den Einsatz nachwachsender Rohstoffe für sich ein besseres Image und bessere Absatzmöglichkeiten erreicht, haben wir alle keinen Grund zu sagen, sie möge das aus allgemeiner Solidarität unterlassen. Ich glaube, das kann man auch für andere Gebiete nicht verlangen.

Die schwierigste Frage, wahrscheinlich die Schlüsselfrage, hat Herr Giegel gestellt: die Ozon-Problematik. Ich bin in Fragen der Klimakatastrophe ein Laie, ich bin tief verunsichert. Eine Zeitlang war alles, was aus der Wissenschaft kam, in sich schlüssig. Alles, was man vor Rio gehört hat, war beeindruckend, auch für den Laien nachvollziehbar. Dann kam die Entwicklung in den USA. Sie wissen, daß die amerikanische Regierung die Schlußerklärung von Rio nicht unterschrieben hat und daß sie dazu einige Gutachten vorgelegt hat. Diese Gutachten sind zumindest für einen Nicht-Fachmann verwirrend. Im Augenblick betrachte ich die Ozon-Problematik deshalb mehr nach dem Prinzip: Was geschieht weltweit, wenn wir in Deutschland zum Beispiel fünfundzwanzig Prozent Reduzierung erreichen? Und welchen Nutzen oder Schaden richten wir damit für unsere Bevölkerung an? Ich glaube, daß man noch einmal abzuwägen hat, womit wir eigentlich mehr Leid zufügen.

Walter Borowski (Bundesverband für Umweltberatung): Mein Beitrag richtet sich nicht direkt an Herrn Kley, sondern ist ein Appell an die Runde insgesamt. Ich bin seit acht Jahren in der Umweltberatung tätig und empfinde den Verlauf unserer Diskussion hier als symptomatisch für die Schwierigkeiten mit dem Umweltschutz überhaupt. Angeführt werden immer wieder Sachzwänge. Es ist nicht einmal mehr möglich, einzelne Menschen zu finden, die verantwortlich für ein bestimmtes Verhalten sind. Es ist der Weltmarkt, der angeblich ein anderes Handeln nicht zuläßt. Und dann kommt stets die Frage: Es geht aber doch nicht so weiter, wie stehen Sie dazu? Und da stelle ich auch bei Ihnen eine gewisse Hilflosigkeit fest. Wenn wir diese Hilflosigkeit überwinden wollen, müssen wir bereit sein, die Weitefrage zu stellen. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie es überhaupt mit uns weitergeht. Wie können wir einen Konsens finden, neue Ziele, neue Werte finden. Der Titel der Veranstaltung müßte dann auch nicht mehr „Mehr Wert durch ökologisches Umsteuern?“ heißen, sondern: „Andere Werte“.

Anmerkung der Redaktion zum Beitrag:

Bei der Dokumentation des Werkstattgesprächs des DGB „Mehr Wert durch ökologische Umsteuern?“ (Heft 8/94) wird Max Dietrich Kley mit einer Äußerung zitiert, die zu Mißverständnissen führen kann. Auf Seite 530 heißt es: „Der Rückzug aus der Chlorchemie wird natürlich nicht von heute auf morgen möglich sein, sondern das wird ein langsamer Prozeß sein. Aber Chlorverbindungen *müssen* reduziert werden, und das wird dazu führen, daß vielleicht auch PVC nach und nach verschwindet.“ Wörtlich wurde ausgeführt: „Aber der Chlor rard reduziert werden, und das wird dazu führen, daß (er) vielleicht auch für Anwendungen, zum Beispiel im kurzlebigen Bereich für PVC (...) verschwindet.“ Der Autor legt Wert auf die Feststellung, daß er mit seiner Äußerung lediglich einen Prozeß beschreibt, der in der Bundesrepublik seit langem im Gang ist, daß er sich aber nicht die Forderungen der Chlorgegner zu eigen gemacht hat.

D. Red.